bnr.de
blick nach rechts

28. Mai 2009 | 26. Jahrgang | Ausgabe 11/2009

INHALT

RECHTE SZENE 2

Innerrechter Wettlauf 2

Selbstbewusst stilisiert sich die DVU als „Die Neue Rechte" und bemüht sich um ein konservativ-bürgerliches Wählerspektrum.

Das System Müller 3

Im weitläufigen Landkreis Uecker-Randow im Osten Mecklenburg-Vorpommerns gehören rechtsextreme Strukturen zum Alltag.

Intellektueller Ideengeber 5

Der JN-Vorsitzende Michael Schäfer will die „deutsche Jugend formen und prägen".

Rechtsrock-Unternehmer 6

Geldgeber will im Hintergrund bleiben.

Begegnung der Generationen 6

„Tage deutscher Gemeinschaft" in Ilfeld.

VERFASSUNGSSCHUTZ 7

Kein Anlass zur Entwarnung 7

Das rechtsextreme Spektrum verliert zwar an Anhängern, zeichnet sich aber durch zunehmende Gewaltbereitschaft aus.

AUSLAND 8

Gegen „Zigeuner" und Juden 8

Im Vorfeld der Europaparlamentswahlen gehen in mehreren osteuropäischen EU-Staaten nationalistische und fremdenfeindliche Parteien auf Stimmenfang.

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE 10

Befreiungsschlag 10

Vor 65 Jahren – am 23. Juni 1944, dem dritten Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion – begann die Rote Armee mit ihrer Großoffensive gegen die Wehrmacht.

MELDUNGEN 11

Innerrechter Wettlauf

Selbstbewusst stilisiert sich die DVU als „Die Neue Rechte" und bemüht sich um ein konservativ-bürgerliches Wählerspektrum.

Die Parolen ähneln sich. „Wir sagen 'ja' zu Europa – aber nein zu dieser EU", proklamieren die Republikaner. „JA zu Europa – NEIN zur EU", kontert die DVU. Im Nachhinein könnten sich die Kritiker Andreas Molaus innerhalb und außerhalb der NPD bestätigt sehen, die eine „VerREPpung" der NPD befürchtet hatten, wäre Molau als Nachfolger Udo Voigts an die Spitze der Partei gewählt worden. Nicht viel unterscheidet die Republikaner und die DVU, bei der Molau inzwischen als Presse- und Öffentlichkeitsarbeiter dient, im Vorfeld der am 7. Juni stattfindenden Europawahl.

Die Slogans und Parolen der beiden Parteien sind bekannt: Deutschland als Zahlmeister der EU, die Bedrohung durch „Islamisten", die Ablehnung der Türkei als EU-Mitglied. Doch die DVU bemüht sich speziell um ein konservativ-bürgerliches Wählerspektrum. Molau hatte dies Ende März gegenüber dem Patriotischen Forum Süddeutschland angekündigt: „Wir werden dort aufkreuzen, wo die CDU sich endgültig zurückgezogen hat. Die CDU hat die Menschen allein gelassen – nicht nur Vertriebene, sondern auch Christen, die die Wertelosigkeit der Christdemokraten nicht mehr mittragen können." Für sie bestimmt sind dann wohl Sätze, die man auf der Homepage der DVU ansonsten nicht vermutet hätte: „Das Kreuz ist der Sieg des neuen Menschen in Christus, der durch Christus am Kreuz losgekauft und losgebunden wurde von Sünde und Tod", schreibt dort der Autor „AM". Und mit Blick auf christlich-konservative Wähler wurde auch der Evangelische Kirchentag in Bremen heimgesucht, wo DVUler Flugblätter mit dem Titel „Abtreibung ist Mord – Leben schützen" verteilten.

Doch trotz aller Bemühungen: Für einen Einzug ins Europaparlament wird es für die DVU wohl ebenso wenig reichen wie für die Republikaner. Die Ziele beider Parteien müssen andere sein. Den Republikanern wird es darum gehen, den Niedergang ihrer Partei zu stoppen oder wenigstens zu bremsen. Der DVU, die sich inzwischen selbstbewusst als „Die Neue Rechte" stilisiert, dürfte es darauf ankommen, im innerrechten Wettlauf die Nase vorn zu haben. Und für beide ist es wichtig, bei der Wahl auf mehr als 0,5 Prozent der Stimmen zu kommen, um zusätzliche Gelder aus der staatlichen Parteienfinanzierung zu ergattern. Möglich ist das. Bei keiner anderen Wahl scheint es so einfach, einen Anspruch auf staatliche Mittel zu erreichen: Gleich acht kleine Parteien hatten vor fünf Jahren die 0,5-Prozent-Hürde übersprungen. 2004 kamen die Republikaner auf 1,9 Prozent; die DVU war nicht angetreten, ihr „Deutschlandpakt"-Partner NPD landete bei 0,9 Prozent.

Das frischere Bild gibt im Wahlkampf die DVU ab. Ihre Plakate haben eine neue Optik – wenn auch auf die von der Deutschen Volksunion bekannten platt populistischen Sprüche nicht verzichtet wird. Die ebenfalls runderneuerte Homepage wird täglich mit mehreren aktuellen Beiträgen gefüttert. Die Republikaner-Homepage versprüht hingegen den Charme des Bürokratischen; zwischen den Aktualisierungen können schon einmal zwei Wochen vergehen. Und wenn die Republikaner versuchen, neue Wege zu gehen, gleiten sie zuweilen ins unfreiwillig Komische ab. So mit der Kampagnenseite „Uschi rettet Europa": Spitzenkandidatin Ursula (Uschi) Winkelsett lässt dort wissen, sie wolle „dem deutschen Volk seine Nation wieder zurückgeben". Einem Einzug der Republikaner ins Europaparlament vorgreifend, gibt es bereits eine Rubrik „Uschi in Brüssel". Und wohl um investigative Fähigkeiten der Spitzenkandidatin herauszustreichen, wurde eine weitere Rubrik „Uschi deckt auf" eingerichtet. Dort finden sich allerdings nicht etwa „Uschis" eigene Enthüllungen, sondern Links, die zu einem Blog sowie zu vier Zeitungsberichten führen.

„Die DVU ist kampagnefähig", hatte Molau gegenüber dem Patriotischen Forum Süddeutschland erklärt. Abgerechnet wird aber erst am Abend des 7. Juni. Die neue DVU-Riege um Parteichef Matthias Faust und Molau muss erst noch beweisen, dass ihre „modernisierte" DVU praxistauglich und nicht bloß eine virtuelle Erneuerung ist. Bliebe sie deutlich hinter den Republikanern und dem Wahlergebnis der NPD bei der Europawahl 2004 zurück, wäre dies ein ernster Rückschlag. Von der eigenen Parteibasis hätten sie zwar nichts zu befürchten. Bei der NPD könnte sich aber der Eindruck festsetzen, dass man auf den Bündnispartner DVU nicht länger angewiesen ist.

Tomas Sager

Das System Müller

Im weitläufigen Landkreis Uecker-Randow im Osten Mecklenburg-Vorpommerns gehören rechtsextreme Strukturen zum Alltag.

Schweigend rückt Tino Müller die verschiedenen Werbeständer am Infostand in Pasewalk zurecht. Die NPD ist seit Wochen auch im Landkreis Uecker-Randow für die anstehende Kommunalwahl unterwegs. Der auffällige, in blau gestaltete Stand am Rande des Marktplatzes ist viel größer, als der von der CDU nebenan. Die Helfer tragen alle einheitliche blaue NPD-Jacken oder Shirts. Sie verteilen Lollis mit NPD-Logo an Kinder und drücken älteren Menschen freundlich die Parteizeitung in die Hand. Während Müllers Bruder Marko gemeinsam mit Marcus Neumann Passanten auf der Straße anspricht und der bereits zu einer Geldstrafe wegen Körperverletzung verurteilte Matthias Krebs Interessenten in längere Gespräche verwickelt, hält sich der NPD-Landtagsabgeordnete aus Ueckermünde gewohnt zurück.

Tino Müllers rechtsextreme Gruppen wie die „Nationale germanische Bruderschaft", das „Soziale und Nationale Bündnis Pommern" sowie die „Bürgerinitiative Schöner und sicherer Wohnen" gelten als in sich geschlossen, straff strukturiert. Es soll zahlreiche politische Schulungen geben. Der „Heimatbund Pommern" zu deren Gründungsmitgliedern Tino Müller und seine Frau Anja zählen, bieten Vergnügungen wie Wanderungen oder Volkstanz an.

Müller, der seinen Machtbereich weitestgehend auf die Heimatregion beschränkt, erhielt in Ueckermünde bei den Landtagswahlen 2006 rund 18 Prozent. Auf viele Wähler wirkt der Scheitelträger authentisch, er ist einer von ihnen. In der Plattenbausiedlung Ueckermünde-Ost, in der er damals noch lebte, waren es sogar bis zu 32 Prozent, die für ihn stimmten. Er stand auf Platz zwei der Landesliste gleich hinter Udo Pastörs. Müller zieht nicht nur bei den Kameradschaften in der Region die Fäden, er war auch Aktivist der „Einheit Mecklenburg und Pommern" der verbotenen NS-orientierten „Heimattreuen Deutschen Jugend" (HDJ), ließ sich stolz bei Führerschulung und Kletterübung ablichten. Gerade zu ehemaligen HDJlern wie Jörg Hähnel, deren Einfluss in der NPD zunahm, pflegt er Kontakte. Distanziert allerdings scheint sein Verhältnis zu Kameradschaftsstrategen aus dem Westen wie Christian Worch oder Thomas Wulff. Nur wenige wie Torben Klebe aus Hamburg waren öffentlich im Osten des Landes anzutreffen, und wenn auch nur im Hintergrund.

Der ehemals arbeitslose Maurer schart eine Gruppe vertrauter Kameraden um sich, vor allem sein Bruder Marko steht ihm zur Seite. Frauen spielen in seinem Umfeld nur als „Hüterin der Familie" eine Rolle, wie er es einfordert. Jedes Geschlecht habe „seine Aufgabe im Dasein des Volkes", so Müller 2009 im Landtag. Seit Jahren gehören rechtsextreme Strukturen in Ueckermünde zum Stadtbild. Sie sind da, aber nicht immer sichtbar. Bereits Schüler rotten sich an der Regionalschule zu Cliquen zusammen, geben sich Namen wie „Koma-Kolonne". Die „Aryan Warriors" um den polizeibekannten Arbeiter Marco Auerbach betreiben seit Jahren im Garagenkomplex in Ueckermünde-Ost einen Treffpunkt. Im Cafe Solo am Marktplatz im Zentrum treffen sich die Neonazis. In der Wallstraße betreibt die NPD unter Müller ein Bürgerbüro. Die Räumlichkeiten wurden ausgerechnet vom einem CDU-Stadtverordneten als Geschäftsführer der Nord East GmbH vermietet. Presse- und Medienvertreter haben keinen Zugang, so steht es im Aushang im Fenster. Das letzte Angebot zur Hartz IV-Beratung liegt Monate zurück.

Neonazis mischen sich bei allen Gelegenheiten unters Volk

Im Frühjahr 2009 soll Tino Müller dem Kinobesitzer im Zentrum der Stadt 500 000 Euro für seine Immobilie angeboten haben. Das Regionalzentrum Südvorpommern in Anklam wies öffentlich darauf hin, dass Müller das Kino laut eines internen Schreibens für seine „nationale Jugendarbeit und für Treffen und Parteitage seiner Partei" nutzen wolle. Die Präventionsexperten vom Regionalzentrum beobachteten seit längerem den „zögerlichen Umgang mit rechtsextremen Strukturen" durch Stadtvertreter und öffentliche Verwaltung. Ihr warnender Aufruf fand Gehör, die Stadt möchte das große Gebäude jetzt endgültig kaufen und für öffentliche Zwecke sinnvoll einsetzen. Immerhin waren in Ueckermünde bisher nur wenige Personen bereit, „öffentlich Gesicht zu zeigen".

So störte es kaum, wenn sich Kameraden um Müller an Volksfesten wie dem „Haff-Fest" beteiligen, wenn Müller beim Osterfeuer in der Nachbargemeinde Koblentz als Feuerredner fungiert, Neonazis sich bei allen Gele-

genheiten unters Volk mischen oder gar als Securities Einlasskontrollen für Jugendliche verrichteten. „Sie haben eine breite Akzeptanz“, bestätigt auch Günther Hoffmann, Rechtsextremismusexperte aus Ostvorpommern. Alexander Erinski, SPD-Stadtrat und gegen rechts aktiv, weiß, dass viele seine Mitbürger „die Augen nicht aufgemacht und die Zeichen der Zeit nicht erkannt haben“. Er kennt viele Jugendliche, die zum Umfeld von Müller gehören. Kaum eine Familie der 11 000 Einwohner-Stadt ist nicht irgendwie involviert. „Auf den Dörfern gehören viele dazu“, bestätigte auch Wulf Gaster, Ausländerbeauftragter der Stadt. Als die Neonazi-Bürgerinitiative „Schöner und sicherer Wohnen in Ueckermünde“ unter Müllers Führung vor Jahren gegen den Umzug eines Flüchtlingsheimes in die Stadt hetzte, kamen schnell 2000 Unterstützungsunterschriften zusammen. Die Arbeitslosenquote liegt bei rund 20 Prozent, mehr als 23 Prozent der Bürger beziehen Arbeitslosengeld II.

Müller dagegen verhalfen rechte Parolen und Propaganda zum wirtschaftlichen Aufschwung. Er zog mit Frau und zwei Söhnen aus der Mietwohnung im Wohnblock in ein gekauftes Haus in dem kleinen Dorf Blumenthal bei Ferdinandshof. In Ueckermünde überlässt er die Kandidatur bei den Kommunalwahlen seinem Bruder, Marcus Neumann und Andre Gerth. Er selbst tritt nach dem erfolglosen Versuch, als Bürgermeister in Ferdinandshof zu kandidieren, für Gemeinderats- und Kreistagswahlen im Amt Torgelow an. 2006 erhielt die NPD im Wahlkreis rund 14 Prozent der Stimmen.

Kameradschaftsmitglieder sind in der Freiwilligen Feuerwehr aktiv

Bei Demonstrationen von Neonazis wirkt der von Müller und seinen Bruder unauffällig angeführte SNBP-Block immer diszipliniert. Nie drängt sich Müller in den Vordergrund, doch sein strenger, lauernder Blick lässt keinen Zweifel an Ehrgeiz und Führungsanspruch aufkommen. Getreu seinen Vorstellungen sorgt daheim Ehefrau Anja für Heim und Herd. Die junge Frau, stets in lange Wollröcke gekleidet, interessiert sich für Heidnisch-Esoterisches, beteiligt sich an Töpferkursen oder vertritt ihre Söhne im Elternrat der Schule.

Tino Müllers Einflussbereich erweitert sich. Der langläufige Landkreis Uecker-Randow grenzt bis an die polnische Grenze. Insbesondere in kleineren Ortschaften wie Hintersee, Eggesin oder Borken bei Viereck warnen Präventionsexperten vor einem rechten Auftrieb. Neonazis docken dort an bestehende vorpolitische Strukturen an. So gibt es in Borken eine rechte Kameradschaft, deren Mitglieder in der freiwilligen Feuerwehr aktiv sind. Sie feiern ungestört im Gemeindehaus in Borken Neonazi-Partys oder Silvester.

„Grenzen dicht für Polen“

Wahlkampfstände der NPD in Löcknitz werden tatkräftig vom örtlichen Bauunternehmer Dirk Bahlmann unterstützt. Hemdsärmelig in Arbeitskleidung begrüßt Bahlmann den Kameraden Müller und verteilt gemeinsam mit einem Arbeiter Flyer an vor der Ampel haltende Fahrzeuge. Dabei grüßt er den ein oder anderen freundlich. Im Grenzort Löcknitz gehören die Neonazis schon zum Stadtbild. Beim letztjährigen Burgfest dominierten sie mit ihren roten T-Shirts und der Aufschrift „Löcknitz bleibt deutsch“ nicht nur am Bierwagen. Sie fordern unverhohlen Parolen wie „Grenzen dicht für Polen“ und schüren fremdenfeindliche Ressentiments.

Die Neonazis um Tino Müller sind Überzeugungstäter. Sie mobilisieren in kürzester Zeit Aufmärsche wie den in Greifswald am 1. Mai oder den Fackelmarsch zum 8. Mai unter dem Motto „Vergessen wir Tod, Leid und Besatzung nicht“ mit jeweils rund 200 Teilnehmern. Unterstützung von außen benötigen sie nicht.

Dabei wird kaum etwas dem Zufall überlassen. Soziale Ängste und Unzufriedenheiten der Bevölkerung werden registriert und mit aggressiven Protestparolen bedient. Als die Stadt Ueckermünde sich entscheidet, verdreckte und heruntergekommene Garagen an der Belliner Straße abreißen zu lassen, nutzen Müllers Aktivisten den Unmut über den behördlichen „Eingriff“ für eine „Spontan“-Kundgebung dagegen. „Verteidigt Euer Eigentum“ fordern rund 40 Teilnehmer im Mai 2009. Als die Stadtvertreter den NPD-Protest ablehnen, drohen die im Netz: „Diese ignorante Umgehensweise mit unseren Forderungen wird in Zukunft nicht mehr so einfach möglich sein, wenn nach der Kommunalwahl die NPD auch im Stadtparlament von Ueckermünde vertreten ist!“

Andrea Röpke

Intellektueller Ideengeber

Der JN-Vorsitzende Michael Schäfer will die „deutsche Jugend formen und prägen".

Nach außen gibt er gern den netten Jungpolitiker, der sich im Kreistag engagiert für die Jugend des Landkreises Harz einsetzt, im Innern ist der JN-Bundesvorsitzende Michael Schäfer ein knallharter Neonazi. Schäfer, Jahrgang 1981, gehörte 2005 gemeinsam mit den beiden rechtsextremen Westimporten Philip Valenta und Matthias Gärtner zu den Gründungsmitgliedern des NPD-Jugendverbandes in Sachsen-Anhalt. Kaum zwei Jahre später avancierte der Neonazi zum Bundeschef der Jungen Nationaldemokraten. Die ersten Mitglieder des neuen JN-Landesverbandes rekrutierte das Trio aus der Kameradschaft „Wernigeröder Aktionsfront" (WAF), die Schäfer zuvor maßgeblich geprägt hatte und die sich parallel zur Gründung der JN selbst auflöste. Mit der Selbstauflösung kam die WAF lediglich einem Verbot nach dem Vereinsgesetz zuvor. Die Mitglieder der Kameradschaft taten sich immer wieder mit Überfällen auf Migranten und anders Denkende hervor, allein 2005 wurden in neun Fällen Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung und anderer Straftaten gegen WAF-Mitglieder geführt. Und bis heute unterhält der JN-Verband überall dort regionale Stützpunkte, wo zuvor Kameradschaften von sich reden machten.

Seit den vorgezogenen Kreistagswahlen 2007 ist Schäfer Vorsitzender der zweiköpfigen NPD-Kreistagsfraktion im Landkreis Harz. Mit einer Vielzahl von Anträgen und Anfragen suggeriert die NPD-Fraktion Fleiß und Sacharbeit, präsentiert sich gern als die aktivste Fraktion überhaupt, deren Initiativen lediglich von den „Blockparteien" ausgebremst werden. Auch zur Wahl des Landrates für den neuen Landkreis Harz trat Schäfer an und erzielte 3,5 Prozent der Stimmen.

Aber das Bild des engagierten Jungpolitikers ist nur die eine Seite von Michael Schäfer, der kürzlich sein Studium der Politikwissenschaften an der Martin-Luther-Universität in Halle/Saale mit dem Magister abgeschlossen hat. Bei rechtsextremen Aufmärschen tritt er mit einem Megaphon bewaffnet als Wortführer des Schwarzen Blocks autonomer Nationalisten auf und gibt die Parolen vor. Auch im Kreistag nimmt Schäfer nicht unbedingt ein Blatt vor den Mund. Im September 2008 wurde er vom Amtsgericht Halberstadt wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von 400 Euro verurteilt, nachdem er den Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Peter Lehmann, als „selbst ernannten Kopf einer Gesinnungsmafia" bezeichnet hatte. NPD und JN feierten es auf ihren Internet-Seiten als riesigen politischen Erfolg, dass das Oberlandesgericht Sachsen-Anhalt in Naumburg auf die Revision Schäfers hin das Zitat als noch vom Grundrecht auf Meinungsfreiheit gedeckt bezeichnete und das Urteil aufhob.

Zu seinen politischen Zielen erklärte Schäfer unmittelbar nach seiner Wahl zum JN-Bundesvorsitzenden im Oktober 2007 in einem Interview gegenüber dem NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme": „Wir wollen diesen Staat da treffen, wo es ihm wirklich wehtut, bei seiner Zukunft, bei seiner Jugend. Deshalb haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, die deutsche Jugend zu formen und zu prägen und ihnen unsere Idee eines Befreiungsnationalismus und seiner Grundlagen einzubrennen." Einen Befreiungsnationalismus, „der sozialistisch ist im Wirtschaftlichen, national im Staatlichen, völkisch in der Kultur und freiheitlich im Denken". Dazu wolle die JN „verstärkt in Bereiche eindringen, die der Staat uns überlässt".

In einem Strategiepapier für das JN-Organ „Der Aktivist" erklärte Schäfer die JN zur ideologischen Speerspitze der rechtsextremen Bewegung und verteidigte zugleich ihren Status als Jugendverband der NPD. Dies mache es staatlichen Stellen ungleich schwerer, ein Verbotsverfahren gegen die JN einzuleiten. Nach Einschätzung von Verfassungsschützern fungiert Schäfer, der auf Platz zwei der NPD-Landesliste Sachsen-Anhalt für die Bundestagswahl im September steht, als intellektueller Ideengeber für die gewaltbereite Szene im Harz.

Auf dem NPD-Bundesparteitag im April in Berlin soll Schäfer ein neues „Aktionsmodell" für den braunen Nachwuchs in die Diskussion eingebracht haben. Die JN, so zitiert „NPD-Blog" ihn unter Berufung auf nicht näher benannte Teilnehmer, sollten sich in enger Zusammenarbeit mit den „Freien Kameradschaften" der „Ausländer-Kieze" und der „Kieze der Linken" annehmen. Diese wolle man „handgreiflich knacken", habe Schäfer demnach vorgeschlagen.

Eberhard Löblich

Rechtsrock-Unternehmer

Geldgeber will im Hintergrund bleiben.

Für Andre Goertz, früher in der Rechtsrock-Branche als Betreiber des „Nord-Versands“ aktiv, ist er „das Phantom“ oder „der Mann im Hintergrund“: Dr. Robert Nagels, Mediziner aus Bocholt mit Praxis in Oberhausen, musste Anfang Mai tun, was er gar nicht gerne tut – an die Öffentlichkeit treten. Der ehemalige Republikaner-Funktionär war als Zeuge in einem Verfahren gegen den früheren Rechtsrock-Unternehmer Torsten Lemmer und den ehemaligen Angestellten der „Verlagsgemeinschaft Rheinland“ (VGR), Andreas Zehnsdorf, vor dem Düsseldorfer Landgericht geladen.

Folgt man den Aussagen vor allem Lemmers, der wegen der Verbreitung volksverhetzender CDs zu zehn Monaten Haft auf Bewährung verurteilt wurde, aber auch von Zehnsdorf, der mit einer Bewährungsstrafe von acht Monaten davonkam, war Nagels in den 90er Jahren Geldgeber für die Rechtsrock-Unternehmen „Funny Sounds“ und „Creative Zeiten“ und später bis 2006 auch Finanzier des Nachfolgeunternehmens VGR. Nagels, der Mitte der 80er Jahre, also vor seinem Einstieg ins rechte Musikgeschäft, nach eigenen Angaben für den NRW-Verfassungsschutz tätig war, sei für die drei Unternehmen „praktisch die Bank“ gewesen, sagte Zehnsdorf. Mal besorgte er das Startkapital, mal griff er ins Portmonee, um den „Nord-Versand“ aufzukaufen, mal finanzierte er die Neuauflage von CDs, mal überwies er fünfstellige Summen für Werbung oder bügelte Defizite aus.

In der Gründungsphase von „Funny Sounds“ und „Creative Zeiten“ schickte Nagels seine Schwester als „Strohfrau“ für geschäftliche Dinge in Sachen Rechtsrock vor: Er habe im Hintergrund bleiben wollen, weil er damals „unter journalistischem Beschuss“ gestanden habe. Just in dieser Zeit war bekannt geworden, dass der damalige REP-Landesvorsitzende Uwe Goller Nagels mit dem Aufbau einer „Schutztruppe“ der Partei betrauen wollte. Zu VGR-Zeiten übernahm Nagels Gattin die „Strohfrau“-Funktion. Ob sich diese Praxis nach dem Aus der VGR fortsetzte? Erste Gesellschafterin des Rechtsrock-Unternehmens „Grenzenlose Ltd.“, das die Reste der VGR aufkaufte, war Nagels Ehefrau.

Tomas Sager

Begegnung der Generationen

„Tage deutscher Gemeinschaft“ in Ilfeld.

Wie in den vergangenen Jahren organisiert der ehemalige NPD-Bundeschef und notorische Holocaust-Leugner Günter Deckert unter dem Motto „Begegnung der Generationen“ die „Tage Deutscher Gemeinschaft“ im nordthüringischen Ilfeld. Mit einer herzlichen Einladung an die Gesinnungsfreunde und Kameradinnen und Kameraden lädt Deckert zum Frühsommer (5. bis 7. Juni) sowie Herbsttreffen (9. bis 11. Oktober) in die knapp 3000-Seelen Gemeinde im Südharz. Deckert sorgt sich um die Zahl seiner Gesinnungskumpane. Denn der „Zahn der Zeit“ mache sich bei den Älteren der Gefährtenschaft bemerkbar und sorgte für einen Personalschwund. „Damit neue Gesinnungsfreunde zu uns stoßen“, sollen die Empfänger der Einladung kräftig die Werbetrommel rühren.

Für das Rahmenprogramm am „Abend der Gemeinschaft“ sollen die Teilnehmer ihre Musikinstrumente und Liederbücher nicht vergessen. Um welcherart Liedgut es sich dabei vornehmlich handelt, daran wird auch kein Zweifel gelassen. So steht die verbotene Hymne der Hitler-Jugend „Ein junges Volk steht auf!“ und das Treuelied der SS, welches bei der Vereidigung der SS-Rekruten gesungen wurde, auf dem Programm.

Den Vortragsreigen eröffnet beim Frühsommertreffen der Steuerberater Michael Dangel aus Heilbronn. Sein Thema: „Renaissance des „starken Staates“ – Droht (dennoch) eine neue Wirtschaftskrise?“. Am nächsten Tag geht es weiter mit dem Schwedter Marko Schüler, der über die „Freimaurerei, die geheime Macht“ referieren wird. Danach ist die Reihe an dem Kölner Facharzt für Psychiatrie Benedikt Frings. Das ehemalige Mitglied der CDU und spätere NPD-Funktionär, Teilnehmer der Teheraner Holocaust-Leugner-Konferenz 2006, redet über sein Lieblingsthema „ Die Holo....-Schuldneurose der Deutschen – psychiatrische Überlegungen zur Therapie“. Organisator Deckert trägt über „Hermann der Cherusker (Arminius) – der Befreier Germaniens“ vor. Der Ex-NPDler Stefan Wollenschläger, der 2007 für die Deutsche Liste zur OB-Wahl in Mannheim antrat, spricht über „Geheimprojekte und „Wunderwaffen“ im 3. Reich“.

Thomas Niehoff

Kein Anlass zur Entwarnung

Das rechtsextreme Spektrum verliert zwar an Anhängern, zeichnet sich aber durch zunehmende Gewaltbereitschaft aus.

Die Bedrohung des Rechtsextremismus für unsere Gesellschaftsordnung bleibt ein Schwerpunkt der Arbeit des Verfassungsschutzes, betonte Innenminister Wolfgang Schäuble, der am 19. Mai in Berlin gemeinsam mit dem Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz Heinz Fromm den Jahresbericht für 2008 vorstellte. Als besorgniserregend bezeichnete Schäuble das verstärkte Auftreten gewaltbereiter Strukturen und den zu verzeichnenden Anstieg von rechtsextremer Gewalt.

Der Mitgliederstand des rechtsextremen Spektrums ist zwar insgesamt rückläufig, der Schwund geht aber in erster Linie auf das Konto der Partei DVU, der noch einmal 1000 Mitglieder (aktuell 6000) abhanden gekommen sind. Grund zur Entwarnung gibt es allerdings ganz und gar nicht: Das im aktuellen Bericht mit rund 30 000 bezifferte Personenpotenzial setzt sich mittlerweile überwiegend aus dem Spektrum der NPD (7000; minus 200), Neonazis (4800; plus 400) und militanten Rechtsextremisten einschließlich Skinheads (9500; minus 500) zusammen.

Für alarmierend hält es Innenminister Schäuble, dass die Zahl der Neonazis erneut angestiegen sei und das neonazistische Spektrum auch innerhalb der NPD an Einfluss gewonnen habe. So sind Neonazis weiterhin in führenden Funktionen in der Partei vertreten. Die Kooperation zwischen NPD und Neonazis sei im vergangenen Jahr zwar nicht frei von Spannungen gewesen, bilanzieren die Verfassungsschützer. Trotz aller Unstimmigkeit dürfte aber das Zweckbündnis weiterhin Bestand haben, wird im Bericht festgehalten. Die NPD sei auf die Unterstützung der „Freien Kräfte", die ein wesentlichen Mobilisierungspotenzial bildeten, gerade bei Wahlkämpfen angewiesen. Den „Deutschland-Pakt" mit der DVU sehen die Verfassungsschützer zunehmend von Seiten der NPD in Frage gestellt. Das könnte sich jetzt möglicherweise auch auf die Landwahlen Ende September dieses Jahres in Brandenburg auswirken. Über die Entwicklung und Neuorientierung der DVU unter deren neuem Bundesvorsitzenden Matthias Faust wird im Bericht allerdings keinerlei Prognose abgegeben.

Die NPD ist mit 7000 Mitgliedern die stärkste rechtsextreme Partei. Die Junge Nationaldemokraten hielten ihren Mitgliederstand vom Vorjahr (400). Nach Meinung der Verfassungsschützer täten sich die JN aber schwer, die von ihnen selbst beanspruchte Scharnierfunktion zwischen NPD und Neonazis erfolgreich auszuüben. Auch 2008 hätten sich „Einflüsse und Konkurrenz anderer Jugendsubkulturen weiter durchgesetzt". So würden nach Meinung von Heinz Fromm Skinheads nicht mehr eine so große Rolle spielen. Die Tendenz scheine in Richtung „Autonome Nationalisten" zu gehen, denen 400 bis 500 Aktivisten zugerechnet werden. Die „erlebnisorientierte Ausrichtung" der neonazistischen „Autonomen" sei mutmaßlich verantwortlich für steigende Gewaltbereitschaft im rechtsextremen Spektrum. Bei Aufmärschen werde gezielt Gewalttätigkeit gesucht, so der Verfassungsschutzpräsident. Die begangenen Delikte seien heute stärker und ausgeprägter rechtsextrem motiviert, merkte Fromm an.

Die rechtsextrem motivierten Gewalttaten sind um 6,3 Prozent auf 1042 (2006: 980) Vorfälle angestiegen. Besonders bedrückend ist, dass es bei den von rechtsextremen Gewalttätern begangenen Delikten 2 Todesopfer und 4 Fälle von versuchter Tötung gegeben hat. Zusätzlich haben Rechtsextremisten in 893 Fällen zum Teil brutale Körperverletzungen begangen. Von den Gewaltdelikten hatten 395 (2007: 414) einen fremdenfeindlichem und 44 (59) einen antisemitischen Hintergrund. Bei den rechtsextrem motivierten Straftaten insgesamt war eine Zunahme um 15,8 Prozent (19 894 Vorkommnisse; 2007: 17 176) zu verzeichnen.

In Relation zur Einwohnerzahl haben im Jahr 2008 in Sachsen-Anhalt rechtsextreme Gewalttäter am häufigsten zugeschlagen. Das Bundesland löst mit dieser Bilanz wieder Brandenburg an der Spitze der gruseligen Länderstatistik ab. Die zweite Stelle des Negativrekords wird inzwischen von Sachsen, allerdings auf niedrigerem Niveau eingenommen. In Brandenburg, das jetzt Platz drei belegt, waren es deutlich weniger rechtsextreme Gewaltdelikte als im Vorjahr. Von den westlichen Bundesländern beziehungsweise Stadtstaaten steht Hamburg jetzt auf Platz fünf der Statistik, dort haben sich die Gewalttätigkeiten im vergangenen Jahr mehr als verdoppelt.

Gabriele Nandlinger

Gegen „Zigeuner“ und Juden

Im Vorfeld der Europaparlamentswahlen gehen in osteuropäischen EU-Staaten nationalistische und fremdenfeindliche Parteien auf Stimmenfang.

In mehreren osteuropäischen EU-Ländern sind rechtslastige beziehungsweise rechtsextreme Parteien auf dem Vormarsch. Sie hetzen gegen Minderheiten wie Roma und Juden, agitieren gegen Homosexuelle und zeichnen sich durch chauvinistische Machtansprüche aus. Der „blick nach rechts“ skizziert nachstehend Beispiele aus Bulgarien, Lettland, Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechien und Ungarn.

Erfolgreiche Ataka in Bulgarien

Auf Einladung der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) konferierten im Januar dieses Jahres in Wien Vertreter rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien „über zentrale inhaltliche Fragen der Zukunft Europas“. Vor Ort waren auch Mitglieder der im Frühjahr 2005 ins Leben gerufenen rechtsextremen Partei Ataka (Attacke) aus Bulgarien. Bereits im Juni 2005 zog die von Volen Siderow gegründete und geführte Partei mit knapp neun Prozent ins bulgarische Parlament (21 Abgeordnete bei insgesamt 240 Sitzen) ein. Siderow ist Journalist und schrieb Bücher über eine „globale Verschwörung der Juden“. Nach der Parlamentswahl veröffentlichte Ataka auf ihrer Homepage eine Liste bekannter bulgarischer Juden unter der Überschrift: „Die Juden sind eine von der Pest verseuchte, gefährliche Rasse, die es verdienen würde, von der Geburt an entwurzelt zu sein“. Mit Parolen wie „Gebt Bulgarien den Bulgaren zurück“ oder „Stopp dem Zigeuner-Terror“ liefert Ataka immer wieder landesweite Schlagzeilen. Bei der Präsidentenwahl im Oktober 2006 erzielte Siderow spektakuläre 27 Prozent der Stimmen. Ein gutes Ergebnis erzielte die nationalistische Partei auch bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in Bulgarien im Mai 2007. 14,2 Prozent der Wähler/innen votierten für Ataka und bescherten damit der Partei drei Mandate im Europäischen Parlament. Für Wirbel hatte dort zuvor der Ataka-Aktivist Dimitar Stojanow gesorgt. Er beschimpfte im Oktober 2006, damals noch als Beobachter im EU-Parlament, die ungarische Parlamentskollegin Livia Jaroka, eine Roma, als Prostituierte.

„Jobbik“ in Ungarn auf dem Sprung

Gute Chancen, die in Ungarn geltende 5-Prozent-Hürde zu überspringen, werden der Partei „Bewegung für ein besseres Ungarn“ (Jobbik) vorausgesagt. Jobbik tritt erstmals bei einer landesweiten Wahl als eigenständige Kraft an. Jobbik-Spitzenkandidatin ist die Universitätsdozentin Krisztina Morvai. In einer Rede empfahl Morvai 2008 den „liberal-bolschewistischen Zionisten“, sich schon einmal zu überlegen, „wohin sie fliehen und wo sie sich verstecken“ können. Die 2003 von rechtsextremen Studenten gegründete Partei erzielte bei den Parlamentswahlen 2006 auf einer gemeinsamen Liste mit der „Wahrheits- und Lebenspartei“ (MIEP) lediglich 2,2 Prozent. Bei den Kommunalwahlen im Oktober 2006 dagegen gelang den Rechtsextremisten der Sprung in einige Rathäuser, darunter in Debrecen, der drittgrößten Stadt Ungarns. Geführt wird die extrem Roma-feindliche und antisemitisch ausgerichtete Partei von Gabor Vona, einem 30-jährigen Produktmanager für Sicherheitstechnik. In einem Interview mit der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ führte Vona 2008 aus, dass das „internationale Judentum“ die Massenmedien, das Parlament und die Banken kontrolliere. „Zigeunern“ unterstellte Vona im gleichen Atemzug eine „ausgeprägte Arbeitsunwilligkeit“. Vona steht auch dem 2007 gebildeten paramilitärischen Flügel von Jobbik, der Ungarischen Garde (Magyar Garda), vor. Die Wehrsportgruppe patrouilliert trotz Verbots ihres Trägervereins weiter durch Roma-Viertel, um die „Zigeunerkriminalität“ einzudämmen. Ziel der Gardisten ist, das „physisch, geistig und seelisch wehrlose“ Ungarn zu verteidigen.

Rassistische Hetzer in der slowakischen Regierung

Die 1990 gegründete Slowakische Nationalpartei (Slovenska Narodna Strana; SNS) ist an der Koalitionsregierung unter dem linkspopulistischen Ministerpräsidenten Robert Fico in Bratislava beteiligt. Bei der Wahl im Juni 2006 erzielte die SNS 11,73 Prozent der Stimmen, was 20 von 150 Sitzen im Parlament ausmacht. Den Wahlkampf hatte die SNS mit Parolen wie „Die Slowakei den Slowaken!“ oder „Den Slowaken eine slowakische Regierung“ geführt. SNS-Vorsitzender Jan Slota macht immer wieder Stimmung gegen die ungarische Minderheit. Ungarn sind seiner Auffassung nach „mongolische Horden“. Auch Homosexuelle und die Roma-Minder-

heit sind Zielscheibe seiner Hetztiraden. Von 1990 bis 2006 war Slota Oberbürgermeister der Stadt Zilina. Dort sorgte er 2001 für Schlagzeilen, als er Josef Tiso eine Gedenkplatte widmen ließ. Tiso, von 1939 bis 1945 slowakischer Staatspräsident, wurde 1947 wegen seiner Beteiligung an NS-Verbrechen hingerichtet.

Hetztiraden der Großrumänienpartei

Den Sprung ins Europäische Parlament verfehlen wird voraussichtlich die Großrumänienpartei (Partidul Romania Mare; PRM). Die PRM scheiterte bereits zuletzt im November 2007 bei der ersten Europawahl nach dem Beitritt Rumäniens zur EU deutlich mit 3,4 Prozent. Vorsitzender der 1991 gegründeten Partei ist von Beginn an Corneliu Tudor. Die ausländerfeindliche Großrumänienpartei zeichnet sich durch Antisemitismus und Roma-Hetze aus. Im Parteiblatt, der Wochenzeitung „Romania Mare", ist die Rede von „stinkenden Zigeunern" oder von „blutrünstigen amerikanischen Spionen". Die „Liquidierung von Zigeunern" forderte Tudor, vormals Hofdichter des rumänischen Diktators Ceausescu und Oberst der rumänischen Geheimpolizei Securita. Tudor tritt für für die Wiedereinführung der Todesstrafe ein und will Lager für die ungarische Minderheit. Bei den letzten Parlamentswahlen erzielte die PRM 3,15 Prozent.

Antisemitische „Liga" in Polen

Die 2001 gegründete klerikal nationalistische „Liga Polnischer Familien" (Liga Polskich Rodzin; LPR) ist die bedeutendste extrem rechte Partei in Polen. Sie war von 2005 bis 2007 an der Regierung beteiligt. Einer ihrer zehn EU-Parlamentarier ist Maciej Giertych, der 2007 ein antisemitisches Büchlein mit dem Titel „Krieg der Zivilisationen in Europa" publizierte. Darin ist zu lesen, dass die „Juden Polens (..) rassisch nicht von den Polen zu unterscheiden" seien. „Der Umstand aber, dass sie in ihrer eigenen Abgetrenntheit unter sich bleiben", führe zur „Entwicklung biologischer Unterschiede." 2006/07 amtierte Giertychs Sohn Roman in Warschau als Bildungsminister und stellvertretender Regierungschef. EU-Parlamentarier der LPR ist auch Wojciech Wierzejski. Anlässlich des Christopher-Street-Days 2006 hatte er verlautbart: „Falls die Perversen anfangen zu demonstrieren, sollte man sie mit Knüppeln verprügeln". Die militant Homosexuellen-feindliche LPR-Jugendtruppe „Mlodziez Wszechpolska" lehnt den pluralistischen Verfassungsstaat westlicher Prägung ab. Bei der Parlamentswahl im Oktober 2007 erlitt die LPR mit lediglich 1,3 Prozent ein Wahldebakel.

Tschechische Nationale Partei für „Endlösung der Zigeunerfrage"

Als besonders aggressiv und gewalttätig gilt die vom Verbot bedrohte mehrere hundert Mitglieder starke „Arbeiterpartei" (Delnicka Strana; DS). Die im Jahr 2003 gegründete DS unterhält enge Kontakte zur NPD. Mehrfach nahmen NPD-Funktionäre an Veranstaltungen der „Arbeiterpartei" teil. Vorsitzender der DS ist Tomas Vandas. Er war im September 2008 Redner beim „3. Fest der Völker" der NPD im thüringischen Altenburg. Hauptforderungen der DS sind die Ausweisung von Ausländern aus Tschechien, die Überführung der Roma nach Indien und ein Verbot von gleichgeschlechtlichen Hochzeiten. Für einen Skandal sorgte kürzlich die rechtsextreme „Nationale Partei" (Narodni strana; NS). In ihrem Wahlkampfspot, den das tschechische Fernsehen ausstrahlte, versprach die NS die „Endlösung der Zigeuner-Frage" und erklärte: „Wir wollen keine Parasiten unter uns". In einem weiteren Wahlkampfslogan hieß es: „Stopp dem schwarzen Rassismus". Bei der Parlamentswahl 2006 hatte die Nationale Partei 9300 Stimmen (0,17 Prozent) erzielt. Die Parteivorsitzende Petra Edelmannova trat im Mai dieses Jahres beim „Anti-Islamisierungskongress" der rechtspopulistischen „pro"-Bewegung in Köln in Erscheinung.

Für ein „lettisches Lettland"

Vier Sitze erzielte die nationalistische und Russen-feindliche Partei „Für Vaterland und Freiheit/Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung" (Tevzemei un Brivibai/Latvijas Nacionalas Neatkaribas Kustib; TB/LNNK) bei den Wahlen zum Europaparlament 2004. 29 Prozent der Wähler/innen votierten für ein „lettisches Lettland". Mit wenigen Ausnahmen ist die TB/LNNK seit Mitte der 90er Jahre in eine Regierungskoalition eingebunden. Im Oktober 2007 brachte sie einen Gesetzesvorschlag ins lettische Parlament ein, um „Veteranen der Waffen-SS-Legion staatliche Vergünstigungen einzuräumen". Bei den Parlamentswahlen 2006 stimmten noch 6,9 Prozent der Wähler/innen für die Partei.

Anton Maegerle

Befreiungsschlag

Vor 65 Jahren – am 23. Juni 1944, dem dritten Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion – begann die Rote Armee mit ihrer Großoffensive gegen die Wehrmacht.

Stalingrad – das ist für die meisten älteren Deutschen ein Begriff. Er führt in den Zeiten Weltkrieg und steht für Niederlage oder Befreiung. Hinter „Stalingrad" verschwindet ein anderer Begriff aus der gleichen Zeit, der freilich viel entscheidender war. Stalingrad – genauer die Schlacht um Stalingrad – hatte die NS-Propaganda zwar als deutsche Niederlage gelten lassen, sie aber gleichzeitig dazu benutzt, dem Volk vorzugaukeln, nun gehe es erst recht um alles oder nichts. Tatsächlich gab es für die Wehrmacht jetzt nur noch eine Richtung – westwärts zurück ins „Dritte Reich". Mit der Eroberung und Vernichtung der Sowjetunion war es endgültig vorbei. Eine viel wichtigere Schlacht stand der Roten Armee aber erst bevor.

Am 6. Juni 1944 waren amerikanische, britische und kanadische Truppen an der französischen Normandieküste gelandet und hatten damit eine neue Front eröffnet. Stalin hatte zuvor seinen Verbündeten versichert, er werde mit einer gewaltigen Streitmacht die Westmächte entlasten, sobald die aus Westeuropa den NS-Staat in die Zange nähmen. Das war mit dem 6. Juni, der Aktion „Overlord" (vgl. bnr 10/09), geschehen. Nun befand sich Moskau im Zugzwang. Den beendete Stalin am 23. Juni 1944 nach langen und überaus erfolgreichen Vorbereitungen und Täuschungsmanövern. Selbstverständlich sollte der Feind nicht erfahren, wo der Schwerpunkt der Offensive an der viele Kilometer langen Front liegen werde. Das konnte im Norden, in der Mitte oder im Süden der Fall sein. In den Monaten zuvor hatte die Rote Armee gewaltige Vorräte an Waffen, Munition und Treibstoff bereitgestellt.

Infolge der Landung in der Normandie waren viele deutsche Divisionen von der „Ostfront" nach Westen verlegt worden. Den 3,1 Millionen deutschen und verbündeten Soldaten standen 6,4 Millionen Rotarmisten gegenüber. 3000 deutsche Kampfflugzeuge sollten mit 13 400 sowjetischen Flugzeugen fertig werden. Bei den Panzern war das Verhältnis 2300 zu 5800. Auch Frauen wurden jetzt in die Kämpfe einbezogen – gegen den Widerstand vieler Männer. So gab es nun ein Frauenregiment bei der Luftabwehr, leichte Nachtbomber, die nur von Frauen geflogen wurden. Im Heer standen kurz vor der Offensive 246 000 Soldatinnen unter Waffen.

Am dritten Jahrestag des deutschen Überfalls vom 22. Juni 1941 – am 22. Juni 1944 – begann ein kleiner Vorstoß gegen die deutsche Front. Der richtige Beginn des Großangriffs folgte allerdings erst einen Tag später. Um die Deutschen im Unklaren darüber zu lassen, wo die Rote Armee angreifen werde, verzichtete sie auf das sonst übliche schwere Artilleriefeuer am Vorabend. Beim Generalangriff rückte die Rote Armee gleichzeitig mit speziellen Räumpanzern, Infanterie, Panzern und Artillerie vor, wobei die Räumpanzer eine Schneise durch die Minenfelder zogen. Große Vorfeldbeleuchtung blendete die Wehrmacht, Widerstandsnester blieben unbeachtet. Es kam darauf an, schnellstens voranzurücken und die Wehrmacht auf breiter Front zu vertreiben. Der Rest sollte später erledigt werden. Mit der gleichen Taktik war die Wehrmacht 1941 vorgegangen und hatte so gewaltige Geländegewinne erzielt.

Die sowjetische Offensive im Mittelabschnitt mit der Millionenstadt Minsk im Zentrum kam so schnell nach Westen voran, dass die Wehrmacht oft nicht einmal in der Lage war, ihr Kriegsgerät mitzunehmen. So konnten die Rotarmisten ihre Reserven durch deutsche Bestände an Artillerie, Munition und Fahrzeugen weiter ergänzen. Während Hitler aus dem fernen Berlin befahl, Stellungen unbedingt zu halten, hatte der Feind diese längst überrollt. In die deutsche Front war binnen zwei Wochen ein vierhundert Kilometer breites, hundertfünfzig Kilometer tiefes Loch gerissen worden. 400 000 deutsche Soldaten gerieten in Gefangenschaft. Die Rote Armee hatte jeden deutschen Widerstand gebrochen, während die Westalliierten in der Normandie immer noch in einem kleinen Brückenkopf festsaßen. Im Laufe der folgenden Wochen griff die Rote Armee an allen Frontabschnitten mit großem Erfolg an. So konnten Einheiten bereits am 22. Juli 1944 das Konzentrations- und Vernichtungslager Majdanek bei Lublin befreien. Der Name „Unternehmen Bagration" stammt übrigens von Stalin persönlich. „Bagration" hatte nämlich ein russischer Offizier im Kampf gegen Napoleon 1812 geheißen.

Heiner Lichtenstein

Gestörte Kooperation

Dortmund/Bergheim – Die Bemühungen von NPD und DVU, sich doch noch auf einen gemeinsamen Wahlantritt bei der Kommunalwahl in Dortmund zu einigen, sind gescheitert. Man müsse „hinnehmen, dass die Vorstellungen von NPD und DVU auf kommunaler Ebene zu weit auseinanderklaffen", erklärte der NPD-Landesvorsitzende Claus Cremer. Er gehe aber davon aus, dass beide Parteien in den Stadtrat gewählt und sich dort zu einer gemeinsamen Fraktion zusammenschließen würden. Die Dortmunder NPD hatte zum Jahreswechsel überraschend angekündigt, bei der Wahl in der zweitgrößten Stadt Nordrhein-Westfalens mit einer eigenen Liste antreten zu wollen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sie signalisiert, die Kandidatur der DVU unterstützen zu wollen. Störungen in der Kooperation zwischen beiden Parteien gibt es offenbar auch im Rhein-Erft-Kreis. Dort war der stellvertretende DVU-Landesvorsitzende Andreas Höveler auf den zweiten Platz der NPD-Liste für die Kreistagswahl nominiert worden. Inzwischen ist aber der Pulheimer Neonazi Axel Reitz auf diesen Platz vorgerückt, wie seiner Internetseite zu entnehmen ist. Der stellvertretende Kreisvorsitzende der Dürener NPD, Rene Laube, hatte Ende März berichtet, dass es innerhalb der DVU Rhein-Erft „einige Unstimmigkeiten" gebe, was unter anderem mit dem Thema Kommunalwahl zu tun habe. (ts)

Aderlass bei „pro"

Köln/Mönchengladbach – Die rechtspopulistische Bürgerbewegung „pro NRW" hat ihren „Jugendbeauftragten Rheinland" sowie führende Teile des erst Ende April gegründeten Kreisverbandes Mönchengladbach/Viersen verloren. Laut der in Neonazi-Kreisen verbreiteten Austrittserklärung hat René Emmerich, im November 2008 erst von „pro NRW" zum „Bezirksjugendbeauftragten Rheinland" ernannt, seine Partei verlassen. In seiner auf den 26. Mai datierten Austrittserklärung wirft er „pro NRW" eine CDU-Isierung, maßlosen Populismus und Lügen zu Propagandazwecken vor. Teilnehmerzahlen bei Kundgebungen sowie dem „Antiislamisierungs-Kongress" Anfang Mai würden maßlos übertrieben. Statt der von „pro NRW" verbreiteten 1000 Personen und „Bürger" hätten „nicht einmal 300 Teilnehmer, von denen der Großteil aus dem Ausland angereist war", teilgenommen. Emmerich kritisiert ebenso die Zusammenarbeit von „pro NRW" mit Israel-Freunden und dem Pius-Bruder Joseph Intsiful, „Schwarzafrikaner im Vorstand". Emmerich war zeitweise auch „Jugendbeauftragter" von „pro Köln" und will sich nun den neonazistischen „Freien Kräften Köln" um Axel Reitz und Paul Breuer angeschlossen haben. Laut Bericht in der „Rheinischen Post" haben sich ebenso Vorstandsmitglieder des nach einjähriger Verzögerung erst Ende April gegründeten Kreisvorstandes Mönchengladbach/Viersen von „pro NRW" getrennt. Demnach hätten die stellvertretende Kreisvorsitzende Renate Willms, der Kreisvorsitzende Hubert Döring sowie die Kreisschatzmeisterin Elisabeth Emschermann ihre Ämter niedergelegt und ihre „pro NRW"-Mitgliedschaft beendet. Willms soll örtlichen Antifa- und NPD-Kreisen zufolge bis vor rund zwei Jahren auch Kontakte zur NPD gehalten haben. Bis zu ihrem Austritt bei „pro NRW" war Willms ebenso Mitglied im Bezirksvorstand Rheinland und im Landesvorstand. Als Grund für den Austritt werden unterschiedliche Ansichten zum Antritt von „pro NRW" bei den Kommunalwahlen in Mönchengladbach und das Fehlen einer sachkundigen, professionellen „Kernmannschaft" angegeben. (mik)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de